

informations-büro: politische gefangene in der brd

anschrift: info-büro c/o

w. grell, oktaviost. 72, 2 hamburg 70

K O N T O : Postscheckamt Hmb 41698-206 W. Grell

hamburg, den 9.8.83

seit dem 8.4.83 läuft auch gegen uns, das informationsbüro für politische gefangene in der brd, das ermittlungsverfahren 'illegales informationssystem' nach § 129a.

die bundesanwaltschaft - rebmann und seine bundesanwälte lampe, löchner etc. aus der abteilung 't'(wie 'terrorismus') - hat dieses verfahren angedreht, um information und diskussion, herstellung von öffentlichkeit über die situation der gefangenen aus der raf und aus dem widerstand und ihrer gemeinsamen forderung nach zusammenlegung, strafbar machen zu können.

eine konsequenz aus unseren erfahrungen während der zeit des hungerstreik 1981 war für uns, eine öffentliche und zentrale stelle zu schaffen, wo leute aus der ganzen brd und aus dem ausland informationen zu den politischen gefangenen erhalten oder auch geben können. mit dem ziel, der staatlich verordneten nachrichtensperre über die situation der gefangenen, der psychologischen kriegsführung zur desorientierung und entpolitisierung, wirksame gegenöffentlichkeit entgegenzusetzen.

nach dem ende des streiks war uns wichtig, die starken erfahrungen von dem, was dort spontan gelaufen war - daß menschen aus verschiedenen ecken vom kampf und ziel der gefangenen mobilisiert waren und zusammen mit ihnen die forderung nach selbstbestimmung und kollektiven durchsetzen wollten - als kontinuierlichen prozess weiterzuentwickeln.

aus diesen ganzen überlegungen ist als eine konkrete sache ende 81 das informationsbüro entstanden. wir haben informationen zur situation der politischen gefangenen verschickt, die prozesse gegen karl grosser, jürgen schneider und helga roos zu nem punkt für unser büro gemacht, und über die forderung nach zusammenlegung informiert, büchertische und veranstaltungen dazu gemacht.

der widerstand hier ist stärker und gezielter geworden, und deshalb gibt es immer mehr hausdurchsuchungen, verfahren, festnahmen und prozesse, weil das, was viele hier anders haben wollen, direkt gegen die interessen der nato und brd steht. politische gefangene sind hier nicht mehr nur die gefangenen aus der guerilla, sondern mehr und mehr genossen, die aus unseren zusammenhängen kommen. die gefangenen aus dem antiimperialistischen widerstand haben zunehmend die gleichen haftbedingungen wie die gefangenen aus der raf:

24 punkteprogramm, totalisolation oder körperliche folter bei erkennungsdienstlichen maßnahmen, wie zuletzt in wuppertal.

- aus den diskussionen um die einheit des widerstands, die drinnen wie draußen seit dem abbruch des hungerstreiks 81 geführt wurden,
- aus der erfahrung, daß der staat überall dort, wo ihm widerstand entgegentritt, mit der gleichen strategie reagiert - einkreisen, isolieren, vernichten -, die sich in den knästen fortsetzt,
- und aus dem willen heraus, praktisch und zusammen weiterzumachen, haben die gefangenen ihre forderung nach

zusammenlegung der gefangenen aus guerilla und widerstand

entwickelt, um sich gegen das isolations- und vernichtungsinteresse des staates, kollektive lebens- und diskussionsbedingungen im knast zu schaffen und zusammen seine einkreisungsstrategie zu durchbrechen.

die diskussionen um die zusammenlegung haben sich vertieft und sind politischer georden, das heißt überall dort, wo an der forderung überlegt wird, wird auch die frage nach der eigenen perspektive des widerstands akut.

so liefen die diskussionen mit den gefangenen über fragen, die für uns und sie wichtig sind, in briefen und besuchen weiter. wie über die zusammenlegung verbunden mit eigenen fragen des widerstands daran, die mobilisierung gegen die us-munitionstransporte, gegen die stationierung der mittelstrecken-raketen, gegen die propagandaprojekte für die us-kriegsstrategie, wie z.b. der bush besuch in krefeld.

im info-büro merken wir an den vielen briefen, bestellungen von informationen aus der brd und ausland, an besuchen von leuten aus verschiedenen städten, wie stark der wille ist, daß der kampf der politischen gefangenen teil der eigenen initiativen wird. gerade am prozess gegen helga roos haben wir erfahren, wie groß das interesse derjenigen ist, die selbst widerstand leisten und eine perspektive darin entwickeln, sich mit den gefangenen und ihrer politik auseinanderzusetzen.

auf diese gesamte entwicklung reagiert der staat, weil er sein ziel, die gefangenen zu vernichten, nur durchsetzen kann, wenn es keinen zusammenhang mehr zu draußen gibt, wenn wir also nichts mehr von den gefangenen und ihrer

situation mitkriegen.

am 6.4.83 fanden in einer bundesweit koordinierten aktion zellenrazzien bei 31 gefangenen und hausdurchsuchungen bei 5 leuten draußen statt, um die existenz eines 'illegalen informationssystem' zu beweisen. durchsucht wurden die wohnungen von 2 angehörigen von politischen gefangenen, die wohnung einer rechtsanwältin, die gefangene aus der raf besucht und verteidigt, bei einer ehemaligen gefangenen und unser info-büro in hamburg. - so wird ziel und zweck dieser aktion deutlich: mit den durchsuchungen sollten diejenigen kriminalisiert werden, die sich für die zusammenlegung einsetzen.

in hamburg wurde unser büro durchsucht und bei drei frauen wurde die hausdurchsuchung unter anderem damit begründet, daß sie aktive mitarbeiterinnen des büros seien, obwohl dies für zwei der frauen garnicht zutrifft. die durchsuchung des büros wurde damit begründet, 'daß die technische einrichtung des ... büros von den dort tätigen ... und auch von weiteren personen zur durchführung des illegalen nachrichtenaustausches benutzt wird.'

gegen wolfgang grell, der uns seine privatrume für die arbeit des büros zur verfügung stellt, läuft jetzt ein ermittlungsverfahren, weil bei der hausdurchsuchung angeblich mehrere exemplare der erklärung zum sprengstoffanschlag gegen ein gebäude der us-firma standard elektronik lorenz ag (sel), hersteller von kriegselektronik, gefunden worden sind. die beschlagnahmten sachen sollen als 'beweismittel' für seine 'betätigung ... im bereich des terrorismus' erhalten.

außerdem wurde laut beschlagnahmebeschl bei der durchsuchung ein brief, der an uns geschrieben worden ist 'liebe leute vom info-büro', mitgenommen; eine kopie dieses briefen sollen adelheid schulz und brigitte mohnhaupt bei ihrer festnahme angeblich dabei gehabt haben.

gegen 13 gefangene und drei leute draußen läuft jetzt als folge der durchsuchungen ein verfahren, in dem die gesamte auseinandersetzung um die zusammenlegung als 'illegale diskussion' kriminalisiert wird.

eine der beschuldigten in diesem verfahren ist anne reiche, weil sie Öffentlichkeitsarbeit zu den gefangenen macht und mit uns zusammen das büro.

anne war 1973 - 1982 politische gefangene und hat in mehreren hungerstreiks für die zusammenlegung gekämpft, zuletzt im kollektiven hungerstreik 1981.

bei den 13 beschuldigten gefangenen wird über dies verfahren die kommunikation untereinander abgeschnitten, weil die gefangenen sich fortan mit der begründung ein gleiches verfahren zu haben, nicht mehr schreiben dürfen, auch nicht mit denjenigen, die dieses verfahren draußen haben.

gleichzeitig wird damit gegen alle beschuldigten gefangenen ein neues verfahren angeleiert. für die gefangenen aus der raf bedeutet das ein zweites verfahren wegen mitgliedschaft in der raf. das heißt sie sollen, wenn's bisher noch nicht gelangt hat für ein 'lebenslänglich', für weitere viele jahre verurteilt werden und die durchsetzung von sicherungsverwahrung wird gegen die gefangenen vorbereitet.

gefangene aus dem widerstand werden kurzerhand zu mitgliedern der raf erklärt, so helga roos und karl grosser, gegen andere wird wegen unterstützung der raf ermittelt. dieses verfahren ist so auch eine drohung der bundesanwaltschaft gegen die gefangenen aus dem widerstand, daß sie sich nicht weiter mit der zusammenlegungs-forderung auseinandersetzen sollen.

der austausch über die aktuelle situation - drinnen wie draußen - wird in der letzten zeit verstärkt und systematisch behindert. in postbeschlagnahmungen, besuchs- und schreibverboten gegen leute, die sich mit den gefangenen auseinandersetzen wollen, benutzen die staatschtzer das 129 a verfahren 'illegales informationssystem' bzw 'illegaler informationsaustausch' immer offener als totschlger für jede uns wichtige diskussion. zur zeit betrifft das schwerpunktmäßig die gesamte auseinandersetzung über die zusammenlegung, krefeld und wuppertal, munitionstransporte. draußen kriegen leute aufgrund von briefen an gefangene ein § 129 a verfahren und hausdurchsuchungen werden mit besuchen und briefen an gefangene begründet, z.b. bei einer hausdurchsuchung in stuttgart am 14.7.83.

am 12.7. 83 sagte generalbundesanwalt rebmann auf einer pressekonferenz, daß der sich strafbar mache, der etwa ein flugblatt zur forderung der gefangenen verteile.

das zielt auch direkt gegen unsere arbeit:

information zu den gefangenen, die wichtig sind, damit wir und andere damit weiterarbeiten können, soll es nicht mehr geben. die verbreitung der fakten darüber, was der staat gegen die gefangenen macht und über die forderung der gefangenen nach zusammenlegung, die lebensnotwendig ist gegen das vernichtungsprogramm in den knästen, ist illegal.

eine breite, starke und wirksame Öffentlichkeit über die situation der politischen gefangenen, ihren kampf und ihre forderungen ist hier einfach wichtig und dadrin auch unser informationsbüro.

in dieser verschärften situation ist der schritt, von dem abhängt, ob die zusammenlegung der gefangenen durchgesetzt wird der, daß der kampf der gefangenen zum bestandteil der eigenen initiativen wird.

so wurde in den vorbereitungen gegen den bush besuch in krefeld die forderung der gefangenen nach zusammenlegung diskutiert. zwei der leute, die nach der demo gefangengenommen worden sind, haben an uns geschrieben, weil sie weiter informationen und die Überlegungen zur zusammenlegung mitkriegen und anderen politischen gefangenen schreiben wollen.

wir haben das hier zusammengefasst, wie's konkret für uns aussieht, aber begreifen das in einem zusammenhang mit der ganzen situation jetzt:

- so die ganzen verhaftungen, die jetzt schlag auf schlag laufen wegen der militanten demonstration gegen die nato und imperialistischen krieg anlässlich des bush-besuches am 25.6. in krefeld. wir wissen von bisher 11 verhaftungen, von einem jugendlichen, die einweisung in eine erziehungsanstalt.
- die gesamten 104 teilnehmer des nachbereitungstreffen dieser demonstration, die sich drei wochen später in wuppertal in einem jugendzentrum getroffen hatten, um über die gemachten erfahrungen zu reden, wurden in einer großangelegten polizeiaktion festgenommen und erkenntungsdiensichtlich behandelt, mit polizeilichen videoaufnahmen von der demo verglichen.
- gegen fünf genossen, die seit dem 11.6.82 - der anti-nato dem beim reaganbesuch in westberlin - im knast sind, läuft jetzt seit fast einem jahr der prozess im staatsschutzsaal des landgericht berlin. ein demo-prozess, wie wir ihn bisher nur in staatsschutzprozessen kannten - panzergläskäfige, in denen die angeklagten sitzen; die angeklagten während des ganzen prozesses weitgehend isoliert voneinander; entpflichtung der verteidiger; fast jeden tag ordnungsstrafen gegen die zuschauer.
ein hohes urteil wegen 'landfriedensbruch' soll genau in die zeit der demonstrationen im herbst reinknallen, um abzuschrecken.
- die verhaftung von zwei 'radikal' - redakteuren und das § 129 a-verfahren gegen die hamburger alternativzeitung 'große freiheit', weil sie gegenöffentlichkeit gegen die staatsschutzpresse machen.

der staat reagiert so auf die entwicklung, daß der widerstand ernster und entschlossener wird und sich nicht mehr durch die macht des staates abschrecken lässt

das soll durch diese gnxzen schläge gegen den widerstand zurückgedrängt werden. auf der ministerratstagung der nato am 9./10.6.83 wurde diese absicht noch einmal bestätigt: 'alle notwendigen anstrengungen zu unternehmen, um terroristische verbrechen zu bekämpfen und zu verhindern.'

der brd-staat sichert in diesem sinne seine faschistische legalität ' auf dem boden des rechtsstaates' mit neuen gesetzen und gesetzesänderungen ab.

- die verschärfung des demonstrationsrechts- verummungsverbot, verbot der passiven 'bewaffnung';
gleichzeitig psychologische vorbereitung auf tote bei demonstrationen und einföhrung neuer polizeibewaffnung - gummigeschosse.
 - der § 109 wurde aus der schublade gekramt, um blockaden von munitionstransporten und kasernen zu kriminalisieren.
§ 109 - sabotagehandlung an verteidigungsmitteln
 - großdemonstrationen, die zum ziel haben auf die brd-regierung einzuwirken, will die bundesanwaltschaft mit §§ 105,106 stgb bekämpfen.
nötigung von verfassungsorganen.
 - die änderung des zwangsernährungsgesetzes wird vorbereitet und soll der gezielten und kalkulierten anwendung gegen die gefangenen dienen, wenn diese sich dazu entschliessen, einen hungerstreik zu machen, um kollektiv ihre forderung nach zusammenlegung durchzusetzen. die differenzierte anwendung der zwangsernährung soll durch die gesetzesänderung ermöglicht werden:
der staat lässt die gefangenen entweder verhungern, weil er gesetzlich nicht mehr verpflichtet ist, oder er setzt die zwangsernährung zu einem zeitpunkt ein, wo es ihm möglich erscheint, dadurch den hungerstreik zu brechen oder durch die folter, gefangene zielt zu ermorden. durchgeführt werden soll dies von ärzten, zumeist polizei oder knastärzte, die sich von vornherein dazu verpflichten, solche zwangsmaßnahmen an gefangenen durchzuführen.
 - das kontaktsperregesetz ist geändert worden, um es anwendbar zu machen.
die änderung sieht jetzt so aus:
wenn bei 'gefahr für leib und leben' kontaktsperre verhängt wird und ein gefangener seinen anwalt sprechen will, wird ihm eine vom gericht bestimmte 'kontaktperson' vorgesetzt, die das, was der gefangene ihm gesagt hat, nur dem richter oder staatsanwalt weitersagen darf.
diese gesetzesänderung würde vom bundeskabinett im juli beschlossen und soll nach der sommerpause vom parlament verabschiedet werden.
für den gefangenen bedeutet die kontaktsperre, daß er sich in einem totalen vakuum befindet:
keine besuche, keinen vertrauensanwalt, keine briefe rein oder raus, keine zeitung, kein radio, keine kontakte zu anderen gefangenen - totalisolation die situation in den knästen soll so einer kontrolle entzogen werden. der schutz - draht nach außen - für die gefangenen wird gekappt und keiner kriegt mehr mit was mit den gefangenen läuft.
 - die arbeit der vertrauensanwälte von politischen gefangenen wird ständig behindert:
kontrolle und zensur der verteidigerpost, ausschaltung der anwälte über § 146 - verbot der mehrfachverteidigung, sowie ehrengerichtsverfahren und massive einschüchterung der anwälte.
- so sind diese maßnahmen auch zu begreifen, um im anstehenden prozess gegen brigitte mohnhaupt, adelheid schulz, rolf-clemens wagner und christian klar eine politische verteidigung - die auch öffentlichkeit herstellt- unmöglich zu machen.
- der prozess gegen die vier soll in zwei prozesse aufgesplittet werden.

gegen Adelheid und Rolf soll der Prozeß im Herbst am 11.10. beginnen und gegen Christian und Brigitte im Frühjahr 84 in Stammheim. Die vier Gefangenen wollen eine gemeinsame Prozessführung, weil der Inhalt des Prozesses derselbe ist. Die Bundesanwaltschaft will über die Aufspaltung in zwei Verfahren verhindern, daß am Prozeß gegen die vier eine breite Öffentlichkeit entsteht, und daß dort die Politik überhaupt durchkommen kann.

Vor 10 Tagen wurde Adelheid und Rolf Clemens vom Oberlandesgericht Düsseldorf mitgeteilt, daß sie einer psychiatrischen Untersuchung unterzogen werden sollen. Aus den Diskussionen über die damals geplante Zwangspsychiatisierung an Helga weiß jeder, was das heißt. In einem rechtsfreien Raum soll weiter Folter an den Gefangenen durchgezogen werden können, die totale Verfügungsgewalt des Staates über die Gefangenen ist das Ziel.

Adelheid, Brigitte und Christian wurden von den Staatsschutzmedien zu den 'Köpfen der RAF' hochstilisiert - sie stehen aber auch für die Geschichte der RAF und sie stehen für den neuen Abschnitt in der Entwicklung des Kampfs um die Einheit des Widerstandes, die sich ausdrückt in der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus Guerilla und Widerstand.

Brigitte sagt in ihrer Aussage im Prozeß gegen Helga am 21.3.83:

'ein Muster für die legale RAF ist ja auch, daß sie sagen, die (Helga) macht Agitation für uns, die werben für uns und die ganzen Formeln - und eben auch gerade für die Gefangenen.'

aber wer den Kampf der Gefangenen, die Zusammenlegung als seine Sache begreift und dafür kämpft, der will genau wie wir den Schritt darin - daß Zusammenkämpfen wirklich praktisch wird.' ...

Anwalt: 'du hast vorhin die Zusammenlegung angesprochen. Kannst du sagen, was das für dich bedeutet?'

'vorhin hab ich's vor allem gesagt, weil hier immer "Unterstützung" auftaucht und weil es was ganz anderes ist:

einfach, daß wir das jetzt zusammen durchkämpfen, daß endlich mal geknackt wird, die Isolation, die sie einsetzen als ein Mittel im Krieg gegen uns und die Gefangenen aus dem Widerstand. und darin ist das ja ganz direkt und konkret, die Einheit des Widerstandes - in dem Kampf jetzt darum, daß wir zusammenkommen, einfach darin, daß wir zusammen dafür kämpfen.'

grüße

vom info-büro

taz Donnerstag, 29.9.83

Heißler-Urteil Vom Bundesgerichtshof bestätigt

Die Verurteilung Rolf Heißlers zu einer lebenslänglichen Haftstrafe durch den 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf am 10. November 1982 ist vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe bestätigt worden. Die Revision gegen das Urteil wurde von den Karlsruher Richtern als unbegründet verworfen.

Rolf Heißler war im Juli 1979 in Frankfurt festgenommen worden und vom Düsseldorfer Strafsenat unter Vorsitz von Klaus Arend zu einer lebenslänglichen Haftstrafe wegen Mordes verurteilt. Vor dem selben Senat wird am 11. Oktober diesen Jahres der Prozeß gegen Adelheid Schulz (28) und Rolf Clemens Wagner (39) beginnen. Beide sind angeklagt, als Mitglieder der RAF an der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten H.-M. Schleyer beteiligt gewesen zu sein.

Rolf Heißler ist zwischenzeitlich aus dem Düsseldorfer Untersuchungsgefängnis nach Köln verlegt worden, gemeinsam mit Stefan Wisniewski, der wegen Beteiligung an der Schleyer-Entführung bereits zu lebenslänglich verurteilt worden ist. Beide haben Umschluß, befinden sich aber im neu errichteten Hochsicherheitstrakt der Untersuchungsanstalt Köln-Ossendorf, deren beide Abteilungen in monatelanger Arbeit zu einem Knast im Knast

umgebaut wurden. Die zweite Abteilung, Haus 4b, ist derzeit noch nicht belegt, wird aber nach Fertigstellung mit weiblichen Gefangenen aus der RAF belegt werden. Derzeit befinden sich von den weiblichen Gefangenen aus der RAF Adelheid Schulz, Verena Becker, Sieglinde Hofmann und Angelika Speitel in der JWF Köln.

taz 28.9.83

Kommando „17. September“ Bekannt sich zu Mord an Israel Halpern

Der in Hamburgermordete israelische Geschäftsmann Ephraim Halpern (37) ist wahrscheinlich aus politischen Gründen getötet worden. Das Büro der dpa in Bonn erhielt am Montag einen in Englisch verfaßten Bekenner-Brief einer „17. September Sabra und Shatila Organisation“, nach dem ein Kommando der Organisation Halpern „exekutiert“ habe. Halpern war am 13. September vor seiner Wohnungstür mit einem Schuß in den Rücken umgebracht worden.

In dem Schreiben mit der Überschrift „die palästinensische und libanesische Revolution wird gewinnen“ wird Halpern als früherer „zionistischer Luftwaffenmajor“ bezeichnet, der im Besitz militärischer Geheimnisse „für die zionistisch imperialistische Allianz“ gewesen sei. Die von ihm geführte Hamburger Niederlassung des israelischen Elektrokonzerns „Tadiran“ habe „die US-Armee, die Bundeswehr, das rassistische Regime in Südafrika und die Regimes in Lateinamerika mit elektronischen Waffenteilen beliefert“. Aus seiner Firma sollen die unbekannteren Aufklärungsflugzeuge, „Drohnen“ genannt, stammen, die im letzten israelisch-libanesischen Krieg die Stellungen des SAM-Abwehrnetzes der Syrer auskundschaftet hatten und für die schnelle Luftüberlegenheit der Israelis mitverantwortlich waren. (dpa/taz)